

# WERKSTATT Frieden & Solidarität



*für ein neutrales, solidarisches und weltoffenes Österreich*

Waltherstraße 15b, 4020 Linz, Tel. (0732) 77 10 94, Fax (0732) 79 73 91, E-Mail office@werkstatt.or.at, Web www.werkstatt.or.at

## Bringt die Post allen was?

Die ÖIAG diskutiert derzeit über die Privatisierung der Post AG. Damit soll die Politik zur Zerstörung eines leistungsfähigen öffentlichen Sektors fortgesetzt werden. Die letzten Jahre dienten bereits dazu, die Post auf diesen Ausverkauf vorzubereiten. Die Verlierer sind die Post-Beschäftigten und die KundInnen der Post:

- Seit 1999 wurden über **8.000 Post-Beschäftigte "abgebaut"**, bis 2007 sollen **weitere 2.500** folgen. Der Druck auf die Beschäftigten wächst enorm.
- In den Jahren seit 2002 wurden bereits **rund 700 Postämter geschlossen, heuer sollen weitere 357 folgen**; gleichzeitig wurden die Porto-Kosten kräftig angehoben.

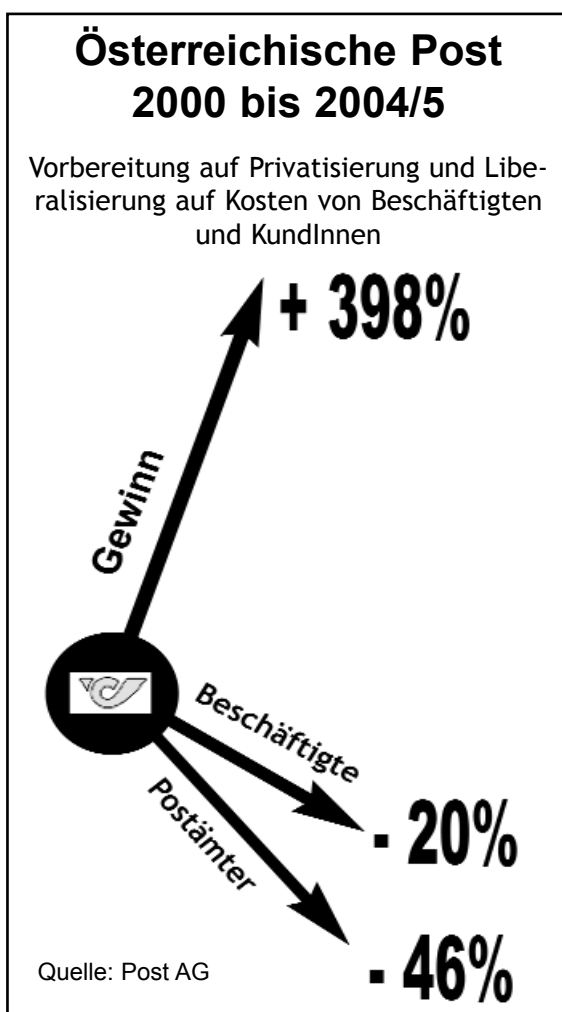
### EU-Liberalisierung der Postmärkte ist Antrieb für Privatisierung

Auf Kosten von Beschäftigten und Kunden werden traumhafte Gewinne erwirtschaftet. **Alleine von 2000 bis 2004 stiegen die Gewinne um fast 400% auf 86,6 Millionen Euro.** Davon profitiert derzeit vor allem der Finanzminister, der die Post hemmungslos zum Stopfen von Budgetlöchern ausräumt. In Zukunft wollen private Anleger die goldene Gans rupfen. Antriebsmotor dieses Umverteilungsprozesses zugunsten der Gewinne ist die von der EU eingeleitete Liberalisierung der Postmärkte, die bis 2009 vollendet werden soll. **Mit der Privatisierung soll die österreichische Post als profitable Braut für ausländisches Kapital herausgeputzt werden.** Denn nur einige wenige private Riesenkonzerne werden sich letztlich den liberalisierten EU-Markt untereinander aufteilen. Die **Deutsche Post AG**

**scharrt bereits in den Startlöchern, um den österreichischen Konkurrenten zu schlucken.** Die Deutsche Post hat sich seit der Privatisierung laut Aussage der Gewerkschaft zu einem regelrechten "Profithai" entwickelt. Die Löhne für vergleichbare Tätigkeiten wurden um ein Drittel gesenkt. Seit dem Verkauf der Postbank schwimmt die Deutsche Post im Geld und befindet sich auf Einkaufstour, um zum Marktbherrscher des liberalisierten EU-Binnenmarktes aufzusteigen.

### ÖIAG-Vertreter mit deutschen Großkonzernen verhandelt

Ohne Widerstand von unten wird sich bei der Post jenes Schmierentheater wiederholen, das die ÖIAG bereits bei der Verschönerung der VA-Tech an Siemens vorexerziert hat. Nachdem sich dort der Spekulant Mirko Kovats eine goldene Nase auf Kosten der Steuerzahler verdient hatte (rund 100 Millionen Euro in eineinhalb Jahren), landete das österreichische Industriejuwel beim deutschen Konkurrenten Siemens; der Verlust tausender Arbeitsplätze und die Abwanderung der Entscheidungszentrale sind absehbar. Das könnte sich bei der Post wiederholen. Denn **maßgebliche Mitglieder der Kapitaleseite im ÖIAG-Aufsichtsrat sind direkt oder indirekt mit deutschen Konzernen verhandelt**, die wiederum über verschiedene Fäden (Aufsichtsratsmandate, Aktienpakete) an der deutschen Post beteiligt sind: Deutsche Bank, Allianz-Versicherungskonzern, RWE, Deutsche Telekom. In diesem mafiotischen Geflecht wird es der deutschen Post nicht



„Ich protestiere gegen weitere Liberalisierungsschritte in Form des geplanten Börsenganges der Österreichischen Post. Die von Regierung und EU geforderten Zerschlagungspläne der Post dienen nur den Profithaien und Spekulanten auf Kosten von Qualität und Personal. Als konsequenter, linker Gewerkschafter in der Post verlange ich die Rückführung der Post in den öffentlichen Verwaltungsbereich. Die Bundesregierung muß den Ausverkauf von öffentlichem Eigentum stoppen. Darüber verlange ich eine Volksabstimmung.“

**Robert Hobek**, Mitglied des Zentralvorstandes der Postgewerkschaft und Betriebsratsvorsitzender bei 1230

schwer fallen, ihre Interessen geltend zu machen, um sich die hochprofitable österreichische Post einzuverleiben. Diese Entwicklung muss gestoppt werden, wenn wir wollen, dass die Post wirklich allen etwas bringt - und nicht nur den Aktionären.

Wir fordern daher:

- Keine Privatisierung der Post - Stopp dem Beschäftigtenabbau, keine Schließung von Postämtern.** Statt die Gewinne durch den Finanzminister zu plündern, sollen diese in den flächendeckenden Ausbau der Leistungen investiert werden.
- Keine Umsetzung der EU-Richtlinien zur Liberalisierung der Postmärkte.** Diese Liberalisierung nützt nur den Aktionären und schafft riesige unkontrollierbare private Monopole zu Lasten der ArbeitnehmerInnen. Eine qualitativ hochstehende, flächendeckende Versorgung für alle droht dabei auf der Strecke zu bleiben.
- Sofortige Entlassung des derzeitigen ÖIAG-Vorstandes und der Kapitalvertreter im ÖIAG-Aufsichtsrat.** Gegen diese wird derzeit von Seiten der Staatsanwaltschaft wegen Verstoß gegen den § 153 Strafgesetzbuch (Tatbestand der Untreue) ermittelt. Die Werkstatt Frieden & Solidarität hat eine Fülle von belastendem Material zusammengetragen, das belegt, dass sich die ÖIAG-Herrschaften bei der VA-Tech-Privatisierung keinen Deut um österreichische Gesetze dafür umso mehr um die Interessen ihrer Hintermänner in diversen Konzernzentralen gekümmert haben.

## Selbst aktiv werden!

Von den Führungen der Parlamentsparteien darf man sich beim Kampf gegen die Privatisierung keine Unterstützung erwarten. Schon beim Verkauf der VA-Tech an Siemens sind alle schließlich eingeknickt. Die Liberalisierung des Postmarktes wird weder von Regierung noch Opposition in Frage gestellt. Die Selbstorganisation der Betroffenen, die Solidarität von Beschäftigten und Kunden ist der Schlüssel für wirksamen Widerstand. Alle, die sich in diesem Sinn engagieren wollen, laden wir ein, sich mit uns in Verbindung zu setzen. Die Werkstatt Frieden & Solidarität ist ein überparteilicher Verein, der sich für ein neutrales, solidarisches und weltoffenes Österreich engagiert. Ein starker gemeinnütziger Sektor mit einer leistungsfähigen Post in öffentlichem Eigentum ist dafür unverzichtbar!

Kontakt:

**Werkstatt Frieden & Solidarität**

**Linz:**

Waltherstr. 15, 4020 Linz, Tel. 0732/771094, Fax 0732/797391, email: office@werkstatt.or.at,

**Wien:**

Rosensteingasse 69/6, 1170 Wien, email: wien@werkstatt.or.at, Tel. 01/4862646

**Web: [www.werkstatt.or.at](http://www.werkstatt.or.at)**

## Sallmutter: „EU-Verfassung = Aufrüstung statt Neutralität“

Hart kritisiert der GPA-Ehrenvorsitzende Hans Sallmutter die EU-Verfassung: „Tritt die EU-Verfassung in Kraft ist es vorbei mit der österreichischen Neutralität. Die EU-Verfassung ermöglicht Kampfeinsätze ohne Bindung an ein UNO-Mandat, die Mitgliedstaaten werden zur schrittweisen Aufrüstung verpflichtet. Die Rüstungskonzerne jubeln. Wer das alles zahlen wird, liegt auf der Hand. Die Gleichzeitigkeit von Sozialabbau und Aufrüstung in der EU ist kein Zufall.“ Der Vorsitzende der Eisenbahner-Gewerkschaft Haberzettl warnt vor einer „Zerschlagung öffentlicher Dienste“ auf Grundlage der EU-Verfassung.

Nähere Informationen: [www.werkstatt.or.at](http://www.werkstatt.or.at)

# Friedensvolksbegehren

**Ja zur Neutralität!  
Keine Teilnahme an der EU-Armee!  
Keine Anbindung an die NATO!  
Soziale Sicherheit statt Aufrüstung!**

**jetzt unterstützen!**  
Unterschrift am Hauptwohnsitzgemeindeamt  
(Ausweis nicht vergessen!)

Unterstützungserklärungen anfordern bei: Plattform Neutralität statt Euro-Armee, p.A. Werkstatt Frieden & Solidarität Waltherstr. 15b, 4020 Linz, Tel. 0732/771094, e-mail: office@friedensvolksbegehren.at  
oder heruntergeladen von: **[www.friedensvolksbegehren.at](http://www.friedensvolksbegehren.at)**